

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



David, Martin (2005):

Die Beziehungen zwischen Österreich und den USA (2001-2005). Administration George W. Bush I

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 19-27.

doi: 10.7396/2005_1_C

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

David, Martin (2005). Die Beziehungen zwischen Österreich und den USA (2001-2005). Administration George W. Bush I, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 19-27, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2005_1_C.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2005

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 4/2014

Administration George W. Bush I: Die Beziehungen zwischen Österreich und den USA (2001-2005)¹

Dieser Artikel soll einen Überblick über die wichtigsten Bereiche der Beziehungen zwischen den USA und Österreich geben. Der Bereich der Inneren Sicherheit spielt hier eine besondere Rolle. Beide Länder haben einander in diesem Zusammenhang unterschiedliche Angebote zu machen, wovon letztlich beide profitieren. Aus Sicht des BM.I funktioniert die Zusammenarbeit mit den USA sehr gut. Mit der Übernahme der EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 wird Österreich und hier besonders das BM.I ein noch attraktiverer Partner für die USA. Aus heutiger Sicht wird das BM.I mit konkreten Projekten konstruktiv zu den transatlantischen Beziehungen beitragen können.

"L'Union est libre d'engagements antérieurs ; elle profite donc de l'expérience des vieux peuples de l'Europe, sans être obligée, comme eux, de tirer parti du passé et de l'accomoder au présent ; ainsi qu'eux, elle n'est pas forcée d'accepter un immense héritage que lui ont légué ses pères ; mélange de gloire et du misère, d'amitiés et des haines nationales."

Alexis de Tocqueville

Um die Beziehungen zwischen so unterschiedlichen Ländern wie den USA und Österreich verstehen zu können, muss man die allgemeine Außenpolitik beider Staaten und den Bezug zur EU berücksichtigen. Dass der dritte Golfkrieg (2003) dabei eine besondere Rolle spielt, liegt für den interessierten Beobachter auf der Hand. Der Beginn dieses Krieges im März 2003 zeigte mehrere Tatsachen auf. Einerseits wurden die völlig unterschiedlichen Haltungen der Regierungen der Länder des "alten" und "neuen" Europa offenkundig, andererseits der Misserfolg der USA, eine schlagkräftige Koalition von Staaten im Kampf gegen den Terror (War against Terrorism) zu bilden. So beschränkte sich

die Unterstützung der US-Truppen abgesehen von wenigen Ausnahmen wie beispielsweise der Großbritanniens oder Polens in erster Linie auf politische Unterstützung. Im Fall der Tschechischen Republik war die Position nicht eindeutig auszumachen, zumal sie auf der Liste der Coalition of the Willing des US-State Department aufschien, das tschechische Außenministerium aber jede Teilnahme seines Landes an einer Koalition zurückwies. Betrachtet man aber die Zustimmungsraten der Bevölkerung, so ergibt sich ein einheitlicheres Bild: in nahezu allen Staaten Europas sprachen sich deutliche Mehrheiten um 80% gegen den Krieg aus. Deutlichste Ausnahme war das Vereinigte Königreich, ein traditioneller Verbündeter der USA, wo sich aber auch nicht ganz 50% für die Teilnahme an den Kriegshandlungen aussprechen wollten. In den USA dagegen hatte man Zustimmungsraten um die 80% und die Medienberichterstattung war – wieder im Unterschied zu den meisten europäischen Formaten – im Allgemeinen für den Krieg. Diese Tatsachen vor Augen wurden die transatlantischen Beziehungen in den Mittelpunkt des Interesses der außenpolitischen Debatten gestellt. Der vorliegende Aufsatz soll einer von vielen Diskussionsanstößen sein, in denen die Beziehungen eines relativ kleinen Landes zu den USA beschrieben werden. Insbesondere sollen die sehr intensiven, einem breiteren Publikum nur wenig bekannten Beziehungen des BM.I zu den USA kurz dargestellt werden.

Die US-Außenpolitik. "Nichts ist mehr so, wie es einmal war." Diesen Satz konnte man nach den Ereignissen des 11. September 2001 sehr oft in Kommentaren von Journalisten und Politikern hören bzw. lesen. Das Ergebnis dieser Wortmeldungen war zumeist, dass sich das Leben völlig ändern und alle Politikbereiche der USA wie auch der ganzen Welt neu ausgerichtet würden. Diese häufig anzutreffende

**Martin
David**

e-mail:
martin.david@gmx.net



Martin David, Mag. Dr.,
geb 1976, Mag. Dr. phil.
Studium der Geschichte,
Kommunikationswissenschaften,
Linguistik, europäischen
Ethnologie und
Philosophie an der Universität
Wien. Absolvent der Diplomatischen
Akademie Wien.
Tätigkeit an wissenschaftlichen
Institutionen in Tschechien,
Österreich und den USA.
Derzeit Mitarbeiter der
Abteilung für Internationale
Angelegenheiten des BM.I.
Publikationen und Vorträge u.a.
zu: Beziehungen Österreich-
Tschechische Republik,
österreichische Außenpolitik,
transatlantische Beziehungen.

Amerikanisches Kampfflugzeug F15E über dem Irak (beim Auftankvorgang).



Um die Beziehungen zwischen so unterschiedlichen Ländern wie den USA und Österreich verstehen zu können, muss man die allgemeine Außenpolitik beider Staaten und den Bezug zur EU berücksichtigen.

Mit der Auflösung des so genannten Ostblocks war es nicht mehr nötig, im bisherigen Ausmaß auf Verbündete Rücksicht zu nehmen.

Konnten sich in der Administration Clinton zumindest noch manchmal die Multilateralisten durchsetzen, so wird die Administration Bush (Sohn) eindeutig von Unilateralisten bestimmt.

Sichtweise greift ungeachtet des starken Einflusses, den 9/11 zweifellos hatte, zu kurz. Betrachtet man die US-Außenpolitik über einen längeren Zeitraum, also etwa seit den frühen 1990er Jahren, ergibt sich ein etwas anderes Bild (Kupchan, 38; 192-220). So kann man bereits mit der Administration George Bush (Vater) in den frühen 1990er Jahren eine Abkehr vom durch den Kalten Krieg erzwungenen Multilateralismus erkennen.² Mit der Auflösung des so genannten Ostblocks war es nicht mehr nötig, im bisherigen Ausmaß auf Verbündete Rücksicht zu nehmen. Freilich engagierte sich George Bush (Vater) sehr stark bei der Wiedervereinigung Deutschlands und auch die Befreiung Kuwaits von den irakischen Invasoren wurde im Einklang mit den größten Teilen der internationalen Öffentlichkeit, mit einer UN-Resolution und der finanziellen und militärischen Unterstützung aus aller Welt durchgeführt (Kupchan 2003, 180-182. Zu den Hintergründen der Akteure vgl. die entsprechenden Kapitel bei Mann).

Dennoch begann die ambivalente Haltung der USA zu einer europäischen

Militärmacht in dieser Zeit: Einerseits wurde die EG bzw. die EU aufgefordert, mehr Anstrengungen zur eigenen Verteidigung zu unternehmen, um beispielsweise bei Konflikten wie den Jugoslawienkriegen auch ohne US-Hilfe für Ruhe und Ordnung sorgen zu können, andererseits wurde die Forderung nach mehr Rechten für die EU bei mehr Engagement als Affront gegen den Einfluss der USA in Europa gesehen (Kupchan 2003, 34-35; 192-208).

Charles Kupchan, der sich in einem 2003 erschienenen Buch mit den transatlantischen Beziehungen befasst, erkennt an diesem Punkt eines der größten Defizite der US-amerikanischen Außenpolitik: das Fehlen einer "Grand Strategy". Diese "Grand Strategy" war etwa vor 1989, den Fall des Eisernen Vorhanges herbeizuführen. Im Zusammenhang damit stehen die zahlreichen, nach diversen US-Präsidenten benannten Doktrinen, unter denen die Truman-Doktrin des Containment (Eindämmung des Kommunismus) mit Sicherheit einen besonderen Platz einnimmt (Kupchan 2003, 22-60). Seit dem mit der Auflösung des Ostblocks 1989 eingetretenen Erfolg dieser "Grand Strategy" ist die US-Außenpolitik mehr oder weniger ziellos, wohingegen von den anderen Global Players etwa Europa mit der Integration eines großen Teiles des Kontinents beschäftigt ist, Russland sich stabilisiert und China bemüht ist, konsolidiert zur Großmacht aufzusteigen (Kupchan 2003, 65-88).

Konnten sich in der Administration Clinton zumindest noch manchmal die Multilateralisten durchsetzen (spät, aber letztlich doch bei der Kosovo-Krise, dem verstärkten Engagement im Nahen Osten, der Korea-Frage sowie teilweise in internationalen Fragen wie der WTO oder bei Abkommen unter der Schirmherrschaft der UNO), so wird die Administration Bush (Sohn) eindeutig von Unilateralisten bestimmt. Die USA nehmen – so die neue Doktrin – ihre eigenen Interessen dem-

nach entschlossen wahr und bilden Koalitionen nur ad hoc. Charles Kupchan, der unter Clinton im Nationalen Sicherheitsrat für Europa zuständig war, beobachtet diese Entwicklung seit 1990 und sieht in den Handlungen der Bush-Administration nur eine Beschleunigung, keineswegs aber einen Unterschied zu bereits länger existierenden Politikmustern (Kupchan 2003, 189-195).

Bereits zu Beginn seiner Amtszeit setzte sich die Administration Bush über viele multilaterale Abkommen hinweg, deren Sinn von den USA angezweifelt wurde. So verweigerten die USA dem Kyoto-Protokoll (zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes) die Unterstützung, das ABM- (Anti Ballistic Missiles) Abkommen, das noch unter Richard Nixon mit der UdSSR abgeschlossen worden war, erklärte man kurzerhand für nicht mehr gültig. Weiters konzentrierte sich Bush zu Beginn seiner Amtszeit auf amerikanische Probleme und wollte hier z.B. mit dem mexikanischen Präsidenten verstärkt kooperieren. Aus weltpolitischen Fragen zog sich Washington in dieser Zeit eher zurück (Kupchan 2003, 196-298). Die Ereignisse vom 11. September 2001 erzwangen eine neue Grundlage der Außenpolitik: Der Kampf gegen den Terrorismus erhielt absolute Priorität (Clarke 2004, 227-246; Pillar 2001, 41-73). Trotzdem die NATO erstmals seit ihrer Gründung den Artikel 5-Fall zitierte und sich nahezu die ganze Welt mit den USA solidarisch erklärte (Jacques Chirac: *Nous sommes tous Américains*), sollte dieser Zustand letztlich nur von kurzer Dauer bleiben. Die Invasion in Afghanistan wurde von zahlreichen Verbündeten unterstützt, auch Frankreich entsandte in letzter Minute Elitetruppen. Die Vertreibung des Taliban-Regimes wurde auch durch die UNO und eine im Allgemeinen positiv eingestellte Weltöffentlichkeit gedeckt. Mittlerweile bilden insbesondere europäische und türkische Soldaten starke Kontingente, zumal viele US-Soldaten – und damit verbunden ein Großteil des für

Amerikanische Soldaten im Irak-Krieg.



diese Länder vorgesehenen Budgets – aus Afghanistan abgezogen und am Persischen Golf eingesetzt wurden (Clarke 2004, 274-279; Woodward 2004, 434).

Anders verhielt sich die Situation im Irak. Hier sollte sich der US-amerikanische Unilateralismus bereits in starker Ausprägung zeigen. Der irakische Diktator Saddam Hussein hatte seit dem zweiten Golfkrieg (1991) die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates nach Möglichkeit ignoriert und die irakische Bevölkerung terrorisiert und nur selten hatte dieses Verhalten auch Folgen. Ultimativ forderten die USA nun die volle Kooperation bei der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen, von denen der Irak behauptete, sie nicht zu besitzen. Die UN-Waffeninspektoren konnten weder die Hinweise von US-Seite bestätigen, wo die USA Satellitenbilder von angeblichen Laboratorien zur Herstellung von chemischen Waffen ausgemacht hatten, noch waren sie mit den vom Irak vorgelegten Unterlagen, die die Nichtexistenz derartiger Kriegsgeräte beweisen sollten, zufrieden (Woodward 2004, 223-224, 239-240,



Amerikanischer Sanitätstrupp beim Abtransport eines Verletzten.

So konnte – ungeachtet aller Bemühungen von US-Seite – keine Mehrheit im Sicherheitsrat gefunden werden, die den Einmarsch in den Irak unterstützt hätte.

Dazu kommt die einzigartige militärische Stärke der USA, die dazu führte, dass Washington Allianzen für die Durchsetzung seiner Ziele zwar begrüßt, aber nicht für unbedingt notwendig erachtet.

Benita Ferrero-Waldner, die ehemalige Außenministerin, sprach von der Haltung Österreichs als einer "Position in der Mitte", zwischen den kriegsbefürwortenden Regierungen und den Kriegsgegnern.

315-318). Genau diese Frage erwies sich aber als problematisch in Hinblick auf die UNO. So konnte – ungeachtet aller Bemühungen von US-Seite – keine Mehrheit im Sicherheitsrat gefunden werden, die den Einmarsch in den Irak unterstützt hätte. In der UNO wollte man den Inspektoren mehr Zeit geben, doch die USA drängten auf eine Entscheidung.

Freilich darf man nicht übersehen, dass die USA die einzige Supermacht sind, die ein solches militärisches Unterfangen logistisch durchführen können. Im Irak rechnete man mit einer schnellen Operation, womit auch die Kosten überschaubar gewesen wären. Dazu kommt die einzigartige militärische Stärke der USA, die dazu führte, dass Washington Allianzen für die Durchsetzung seiner Ziele zwar begrüßt, aber nicht für unbedingt notwendig erachtet (Mann 2004, 360-363, Woodward 2004, 430-432). Eine Zahl von Staaten, die man traditionell für enge Verbündete der USA gehalten hatte, wie etwa Kanada, Belgien oder Norwegen stellte sich gegen den Krieg, auch in Mittel- und Südamerika fanden sich nur kleinere Staaten auf der Liste der Coalition of the Willing. Undiplomatische Äußerungen von US-Politikern, die das "alte" vom "neuen" Europa unterschieden, gossen weiter Öl ins Feuer. Der deutsche Wahlkampf 2002, in dem antiamerikanische Ressentiments eine wichtige Rolle spielten, tat das Seine, um das Klima endgültig zu vergiften. Auch nach dem Abschluss der Kampfhandlungen ist kein unmittelbares Abgehen vom Unilateralismus zu erkennen. Die Tatsache, dass sich Großbritannien, Polen und einige andere Länder mit kleineren Truppenkontingenten an der Stabilisierungsmacht beteiligen, ist kein Widerspruch dazu.

Es ist nicht ersichtlich, dass diese Länder – abseits von wirtschaftlichen Interessen, die allerdings von der Sicherheitslage eingeschränkt werden – eine eigenständige Politik im Irak verfolgen und die Handlungen der USA in irgendeiner Weise

beeinflussen (Kupchan 2003, 198-199).

Die österreichische Außenpolitik in Hinblick auf die USA. Auf den ersten Blick ist die österreichische Meinung zu den USA eine vielleicht vernachlässigbare Größe. Betrachtet man freilich die Liste der Koalition, die gegenwärtig den Irak besetzt hält, so wird die Dominanz kleiner und mittlerer Staaten deutlich. Auch ist – wie alle Umfragen zeigen – internationale Kooperation bei militärischen Auseinandersetzungen den US-Bürgern sehr wichtig. So werden die Truppen im Irak, die zu meist aus den USA kommen, stets als "Coalition Forces" bezeichnet. In Österreich selbst war die Haltung der Bevölkerung negativ, während die Politik versuchte, eine konstruktive Haltung gegenüber den USA einzunehmen.

Benita Ferrero-Waldner, die ehemalige Außenministerin, sprach von der Haltung Österreichs als einer "Position in der Mitte", zwischen den kriegsbefürwortenden Regierungen (z.B. E, P, I, GB, CZ, PL, DK) und den Kriegsgegnern (insbes. F, D). Diese Positionierung wurde in einer Zeit, in der die Bevölkerung in großer Mehrheit gegen den Krieg war, nicht immer verstanden. Man sollte aber keineswegs die anderen Faktoren vernachlässigen, die mit einiger Wahrscheinlichkeit die Haltung des offiziellen Österreichs beeinflussten. Hier ist die Haltung der USA zu den "Maßnahmen" der EU-Staaten zu erwähnen. Die USA beteiligten sich nicht an diesen Aktionen und luden im Gegenteil österreichische Minister, darunter Innenminister Strasser, bereits kurz nach der Bildung der Bundesregierung 2000 zu einem Arbeitsbesuch ein.

Auch bei der Abwicklung der Verhandlungen zur Entschädigung von Menschen, die unter den Nazis auf heute österreichischem Boden Zwangs- und Sklavenarbeit leisten mussten, war US-Sondergesandter Stuart Eizenstat ein wertvoller Mittler (Eichtinger 2000, 257-292). Er trug durch

sein Auftreten nach Meinung der Beteiligten viel dazu bei, dass die Verhandlungen in dieser Sache so schnell beendet werden konnten. Auch bei der Entschädigung für von den Nazis auf heute wieder österreichischem Staatsgebiet entzogenen Vermögen (meistens Arisierungen), die noch nicht in früheren Gesetzen abgegolten worden waren, konnten die Verhandlungen trotz der Komplexität der Materie zügig abgeschlossen werden (Eizenstat 2003, 279-292; Sucharipa 2000, 75-95). Dennoch laufen hier noch einige Prozesse in den USA, die aus österreichischer Sicht die Rechtssicherheit gefährden können und weswegen es noch zu keinen Auszahlungen gekommen ist. In jedem Fall ist dieses Thema kein strittiges Thema in den bilateralen Beziehungen mehr (Winkler 2000, 96-107).

Nach dem Abschluss der Restitutionsfrage bzw. Aussetzung der Sanktionen 2000 richteten sich die bilateralen Beziehungen wieder nach der internationalen Politik, es sind im Verhältnis zu den USA keine sichtbaren Spuren zurückgeblieben. Die Außenpolitik Österreichs ist damit wieder in einen Zustand der Normalität zurückgekehrt.

Ein schwieriger Punkt ergab sich mit der in der österreichischen Verfassung verankerten immerwährenden Neutralität. Die Neutralität ist seit einer Verfassungsnovelle (1993) nur mehr eine von vielen Leitlinien, nach denen die österreichische

Die Neutralität ist seit einer Verfassungsnovelle (1993) nur mehr eine von vielen Leitlinien, nach denen die österreichische Außenpolitik durchgeführt wird.

Aktuell ist Österreich "solidarisch innerhalb und neutral außerhalb der EU".

Außenpolitik durchgeführt wird. Eine Weiterentwicklung dieses Modells ist angesichts der zunehmenden Integration der EU im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik auch logisch. Aktuell ist Österreich "solidarisch innerhalb und neutral außerhalb der EU". In diesem Fall konnten sich weder UNO noch die EU zu einer gemeinsamen Position durchringen. So erklärte Österreich im dritten Golfkrieg seine Neutralität. Damit war österreichisches Hoheitsgebiet für NATO-Truppen auf dem Weg in die Golfregion offiziell gesperrt. In der Folge kam es in den USA zu jeweils kurzen kritischen Zeitungsmeldungen in der Washington Post und der New York Times über Österreich. Verteidigungsminister Rumsfeld kritisierte die Sperre Österreichs für Truppen der Coalition of the Willing. Diese hätten bequem aus Deutschland via Österreich nach Triest und von da weiter in die Golfregion verschifft werden sollen. Aufgrund der Sperre österreichischen Hoheitsgebietes mussten die Truppen letztlich über Rotterdam ausweichen. Es sollte dies das einzige Mal sein, dass US-Medien über Österreich berichteten. Hierzulande wurde diese Kritik von den meisten Medien weitgehend ignoriert.

Im Unterschied zum Golfkrieg 1991, als eine Mehrheit der Österreicher die gewaltsame Befreiung Kuwaits unterstützte, aber auch die Gegner stärker auf sich aufmerksam machten, kam es 2003 kaum zu größeren Kundgebungen. Die öster-

Pentagon, Headquarters of the United States, Department of Defense – auch ein Anschlagssubjekt des 11. Septembers.



Die österreichische Öffentlichkeit war – trotz ihrer nach Umfragen hohen Gegnerschaft zum Irak-Krieg – mit anderen Dingen beschäftigt.

Es muss hier freilich erwähnt werden, dass die österreichische Öffentlichkeit die USA im Moment sehr kritisch sieht.

Die österreichische Öffentlichkeit war – trotz ihrer nach Umfragen hohen Gegnerschaft zum Irak-Krieg – mit anderen Dingen beschäftigt. Gerade zu dieser Zeit wurde die Pensionsreform debattiert, wobei der Konflikt zwischen Regierung und Gewerkschaft sich kontinuierlich verschärfen sollte. Da diese Reform nicht nur große Änderungen in Hinblick auf das Pensionsantrittsalter, sondern auch auf die Höhe der Rente mit sich bringt, waren die meisten Österreicher auf der Suche nach günstigen privaten Anlageformen, um von den Auswirkungen dieser Reform so wenig wie möglich betroffen zu werden.

Es muss hier freilich erwähnt werden, dass die österreichische Öffentlichkeit die USA im Moment sehr kritisch sieht. Einer der Gründe liegt sicherlich im betont forschenden Auftreten George Bushs, der damit zwar hohe Popularitätswerte in den USA bekam, in der restlichen Welt aber auf hohes Unverständnis stieß. Obwohl das

Stimmverhalten der USA in der WTO, der UNO sowie anderen internationalen Institutionen oder bei multilateralen Abkommen in einer breiten Öffentlichkeit sicher nicht sehr präsent ist, hat sich für George Bush – nicht zuletzt durch mehr oder minder gelungene Karikaturen in den Medien – recht schnell das Image eines Cowboys, der schneller schießt, als er denkt, eingepägt.

Nur am Rand sei bemerkt, dass es Bill Clinton besser verstanden hat, seine Politik, die außenpolitisch in vielerlei Hinsicht in dieselbe Richtung wie die seines Nachfolgers ging, besser in der Weltöffentlichkeit zu verkaufen. Insbesondere bei militärischen Interventionen etwa am Balkan und in Somalia oder bei der Haltung zu internationalen Einrichtungen wie dem Internationalen Strafgerichtshof hatten europäische Medien Clinton nur sanft kritisiert. Bis heute genießt Clinton – trotz der aus europäischer Sicht durchaus nicht aus-

WTC unmittelbar nach dem Anschlag.



schließlich positiven Bilanz seiner Administration – hohes Ansehen (Kupchan 2003, 192-196, 209-216).

Die bilateralen Beziehungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Aufgrund der Schwerpunktsetzung der US-Außenpolitik nach den Ereignissen von 9/11 spielt auch im Verhältnis zu Österreich der Bereich Innere Sicherheit eine sehr große Rolle. Die internationalen Aktivitäten des BM.I werden auch in den USA wahrgenommen. Der bis Dezember 2004 amtierende Innenminister Strasser besuchte die USA beinahe jährlich, um die bilaterale Zusammenarbeit zu vertiefen. Bei seinem Besuch im September 2003 stand insbesondere die Aufnahme von biometrischen Daten (Fingerabdruck, Iris-Scan) im Mittelpunkt des Interesses. Gerade bei den Reisepässen hat Österreich das Problem, dass die Dokumente, die vor dem EU-Beitritt 1995 ausgegeben wurden, im Gegensatz zu den EU-Pässen nicht maschinenlesbar sind. Aus diesem Grund hätten österreichische Touristen ein Visum am US-Konsulat in Wien beantragen müssen, was derzeit trotz Entgegenkommens der dort beschäftigten Mitarbeiter mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden ist. In den Gesprächen mit den zuständigen Beamten in den USA konnte dieses Problem gelöst werden; die USA werden keine Visa von österreichischen Touristen verlangen. Trotz Auslaufen der Frist am 26. Oktober 2004 wurde eine weitere Verlängerung gewährt. Geht man davon aus, dass die USA die Meinung befreundeter Länder in diese Entscheidung mit einbezogen haben, so ist das sicherlich auch ein Erfolg von Minister Strasser.

Im Rahmen eines Gesprächs mit dem stv. US-Außenminister Armitage 2003 hat der damalige Innenminister den USA angeboten, Polizeiausbildner in ein Trainingslager nach Jordanien zu entsenden und so den Aufbau der irakischen Polizei zu unterstützen. Bemerkenswert ist, dass

der deutsche Bundeskanzler Schröder einen Tag nach Strassers Besuch dasselbe Angebot gemacht hat. Als erstes europäisches Land hat Österreich am 4. November 2003 vier Ausbilder nach Amman entsandt und diese Mission 2004 um ein Jahr verlängert.

Seitens des Innenministeriums kooperiert man mit den USA auch in Bereichen, die nicht so sehr im Weltinteresse liegen. Am Südkaukasus wurden mehrere Projekte gestartet, in deren Rahmen das Sicherheitssystem in dieser Region verbessert werden soll. Abgesehen davon, dass natürlich alle profitieren, wenn in möglichst vielen Weltgegenden Sicherheit herrscht, liegt ein direkter Nutzen für Europa darin, dass Drogentransitrouten blockiert werden. Es muss im Interesse der Staaten mit Drogenkonsum liegen, das Problem möglichst nahe an der Wurzel zu bekämpfen, um den Drogenimport von vornherein auf diese Art und Weise zu verhindern und die Kriminalitätsrate zu senken.

Beim USA-Besuch (Strassers) im Jahr 2004 konnte sich Österreich als einer der Schrittmacher im Kampf der EU gegen den Terror präsentieren. Nicht nur im Rahmen des Forum Salzburg, sondern auch beim Gipfel mit den G5 am 16. April in Wien und innerhalb der EU hatte man über bessere Vernetzung im Kampf gegen den Terror nachgedacht und erste Schritte gesetzt. Im Rahmen von Schengen III wollen Deutschland, die Benelux-Länder und Österreich ihre Polizeidaten einander zugänglich machen. Es ist bezeichnend, angesichts der internationalen Aktivitäten des BM.I aber nicht überraschend, dass Österreich in diesem Bereich damit zu den Pionieren innerhalb der EU gehört.

Im Jahr 2006, wenn Österreich die EU-Präsidentschaft übernimmt, wird die Bekämpfung der Korruption ein Schwerpunkt sein. Der frühere US-Justizminister Ashcroft war ebenso wie der frühere Heimatschutzminister Ridge und Vizeaußenminister Armitage sehr daran inter-

Aufgrund der Schwerpunktsetzung der US-Außenpolitik nach den Ereignissen von 9/11 spielt auch im Verhältnis zu Österreich der Bereich Innere Sicherheit eine sehr große Rolle.

Als erstes europäisches Land hat Österreich am 4. November 2003 vier Ausbilder nach Amman entsandt und diese Mission 2004 um ein Jahr verlängert.

Beim USA-Besuch (Strassers) im Jahr 2004 konnte sich Österreich als einer der Schrittmacher im Kampf der EU gegen den Terror präsentieren.

Das Weiße Haus - für weitere vier Jahre der Amtssitz von George W. Bush.



Ein Ausblick anstelle eines Schlusswortes. Nach den US-Präsidentenwahlen, die wenig überraschend George W. Bush bestätigt haben, werden zahlreiche Positionen in der Regierung neu besetzt werden. Dem Vernehmen nach stehen zahlreiche Spitzenvertreter der US-Regierung vor dem Rücktritt, bereits zurückgetreten oder für neue Positionen im Gespräch. Aus Sicht des Innenministeriums wird sich voraussichtlich trotzdem nicht viel ändern. Die bestehende gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ressorts und den nachgeordneten Dienststellen FBI, DEA (Drug Enforcement Administration) etc. wird auf Arbeitsebene weitergeführt. Es besteht aus heutiger Sicht kein Zweifel, dass die ausgezeichneten Kontakte auf politischer Ebene nicht auch mit den neuen Ministern aufgebaut bzw. weitergeführt werden können.

Im Hinblick auf die österreichische EU-Präsidentschaft ist die Zusammenarbeit für die unmittelbare Zukunft aus US-Sicht zweifellos attraktiver geworden. Es ist aber sicher auch für Österreich ein Vorteil, seine Initiativen mit US-Unterstützung in die Arbeit der EU einzubringen. Insbesondere die Bekämpfung der Korruption scheint in vielen europäischen Ländern wichtig und notwendig zu sein. Hier könnte das BM.I als Schnittstelle zwischen der EU und den USA fungieren und die transatlantische Zusammenarbeit mit einem konkreten und sinnvollen Projekt vertiefen.

essiert, mit Österreich zusammenzuarbeiten. Minister Ashcroft hatte im Jänner 2004 Österreich besucht. Seit den 1980er Jahren war kein US-Justizminister mehr in Wien gewesen. In diesem Rahmen wurde in erster Linie die Zusammenarbeit der Eliteeinheiten erörtert, wobei sich Ashcroft von den Leistungen der COBRA sehr beeindruckt zeigte.

Ein anderer wichtiger Aspekt der USA-Reise 2004 war die Kontaktaufnahme mit Vertretern jüdischer Organisationen. Nicht nur wurde die Ausstellung "erinnern. Mauthausen", die lange auch im Eingangsbereich des BM.I zu sehen war, in Washington eröffnet. Die Reaktionen – zuletzt beim Staatsbesuch des israelischen Staatspräsidenten Moshe Katzav im November 2004 – zeigen deutlich die positive Aufnahme der Initiativen des BM.I.

Um Rassismus und Antisemitismus präventiv entgegenzuwirken, hat die Sicherheitsakademie 2001 ein Projekt mit der in New York ansässigen Anti-Defamation League gestartet. In Schulungen, die verpflichtender Bestandteil der Grundausbildung sind, werden die angehenden Exekutivbeamten auf den Umgang mit Menschen aus anderen, fremden Kulturen vorbereitet. Die positiven Reaktionen auf diese Kurse zeigen, dass mit diesem europaweit einzigartigen Projekt tatsächlich eine Lücke in der Ausbildung gefüllt werden konnte.

Um Rassismus und Antisemitismus präventiv entgegenzuwirken, hat die Sicherheitsakademie 2001 ein Projekt mit der in New York ansässigen Anti-Defamation League gestartet.

Die positiven Reaktionen auf diese Kurse zeigen, dass mit diesem europaweit einzigartigen Projekt tatsächlich eine Lücke in der Ausbildung gefüllt werden konnte.

Zusammenfassung

Dieser Artikel gibt einen Überblick über die Beziehungen zwischen Österreich und den USA während der Amts-führung von George W. Bush. Unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit zwischen Österreich und den USA, wird das Hauptaugenmerk auf das Konzept der amerikanischen Außen-politik gerichtet. Auf Grund der Priorität des US-Kampfs gegen den Terrorismus, hat das österreichische Innenministerium verschiedene Kooperationsfelder gefunden.

Eine der engsten Kooperationen zwischen Österreich und den USA besteht im Bereich der Inneren Sicherheit. Das Innenministerium hat enge Kontakte zu allen amerikanischen Behörden in diesem Zuständigkeitsbereich.

Während der österreichischen EU Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 wird Österreich ein noch attraktiverer Partner der USA sein. Das österreichische Innenministerium beabsichtigt, mit der Durchführung von gemeinsamen Projekten, die transatlantischen Beziehungen zwischen Österreich und den USA weiter zu fördern. Bisher wurde dieser Vorschlag von den amerikanischen Behörden mit besonderem Interesse verfolgt.



Literaturhinweise

Anmerkungen:

¹ Dieser Artikel gibt die persönliche Meinung des Verfassers wider.

² Auf die Suez-Krise und andere Spannungen im transatlantischen Verhältnis kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden.

Weiterführende Literatur und Links

Brzezinski, Z. (2004). The Choice, New York.

Clarke, R. (2004). Against All Enemies, New York.

Eichtinger, M. (2002). Der Einsatz von Sklaven- und Zwangsarbeitern durch das NS-Regime auf dem Gebiet des heutigen Österreich – Österreichs Leistungen an die überlebenden Opfer. In: Stefan Karner, Erich Reiter, Gerald Schöpfer (Hsg.) (2002). Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990, Wien, 257-292.

Eizenstat, S. (2003). Imperfect Justice, New York.

Kagan, R. (2003). Paradise and Power, London.

Kupchan, C. (2003), Die Europäische Herausforderung, Berlin.

Mann, J. (2004). Rise of the Vulcans, New York.

Pillar, P. (2001). Terrorism and U.S. Foreign Policy, Washington D.C..

Sucharipa, E. (2000). Austria's Measures of Restitution and Compensation for Holocaust Victims: recent Negotiations and their Background. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Wien, 75-95.

Suskind, R. (2004), The Price of Loyalty, New York.

Alexis de Tocqueville, De la Démocratie en Amérique (Paris 1835, Nachdruck von 1986).

Hans Winkler (2000). Entschädigung für Sklaven- und

Zwangsarbeit im Dritten Reich. In: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik, Wien, 76-107.

Woodward, B. (2003). Bush at War, London.

Woodward, B. (2004). Plan of Attack, New York.

Bundesministerium für Inneres, <http://www.bmi.gv.at>

Le Figaro, <http://www.figaro.fr>

Neue Zürcher Zeitung, <http://www.nzz.ch>

New York Times, <http://www.nytimes.com>

The Times, <http://www.timesonline.co.uk>

Washington Post, <http://www.washingtonpost.com>

Es ist aber sicher auch für Österreich ein Vorteil, seine Initiativen mit US-Unterstützung in die Arbeit der EU einzubringen. Hier könnte das BM.I als Schnittstelle zwischen der EU und den USA fungieren und die transatlantische Zusammenarbeit mit einem konkreten und sinnvollen Projekt vertiefen.